

ALTERS- FESTSTELLUNG IM DIGITALEN RAUM

IN KÜRZE

- Zunehmender Leidensdruck bei Minderjährigen wird mit digitalen Angeboten in Zusammenhang gebracht.
- Altersbeschränkungen werden als einfache Lösung diskutiert.
- Viele Verfahren, das Alter festzustellen, sind risikobehaftet; datensparsame Methoden sind in Entwicklung und klar vorzuziehen.
- Altersbeschränkungen alleine werden wesentliche Probleme nicht lösen – Minderjährige könnten auf unregulierte Angebote ausweichen.
- Alle Kinderrechte müssen berücksichtigt werden. Es braucht auch eine Abschätzung der Folgen für Verbraucher:innen.

WORUM GEHT ES?

Aktuell werden intensive Debatten über die Einführung von Altersbeschränkungen im digitalen Raum geführt. Anlass dafür sind Untersuchungen über die Gefährdung von Kindern und Jugendlichen durch die exzessive Nutzung von Sozialen Medien bzw. Smartphones sowie Online-Radikalisierung. Doch wie sind Altersfeststellungstechnologien im Hinblick auf Datenschutz, Konsument:innenschutz und Kinderrechte einzuordnen?

Der digitale Raum bietet vielerlei problematische Inhalte und Funktionen wie Gewaltdarstellungen, Pornografie, Radikalisierung und süchtigmachende Interaktionen, die auch Minderjährigen immer früher zugänglich sind. Dazu kommt deren hohe psychische Belastung. Im Sinne des Vorsorgeprinzips besteht daher dringender Handlungsbedarf. Dabei sollen aber auch andere Kinderrechte, etwa auf gesellschaftliche Teilhabe und Zugang zu Informationen, berücksichtigt werden. Altersbeschränkungen von z. B. sozialen Medien

werden vor diesem Hintergrund als mögliche Lösung diskutiert. Dabei gibt es eine große Bandbreite an Methoden, um das Alter festzustellen.

Viele Ansätze nutzen biometrische Methoden, um das Alter anhand des Gesichts zu schätzen oder das Gesicht mit dem Foto auf einem Lichtbildausweis abzugleichen.



Andrei Lisakov./unsplash.com

Altersbeschränkungen werden als mögliche Lösung gegen psychische Belastung diskutiert.

Andere Methoden schätzen das Alter anhand der Nutzung von Plattformen, wieder andere leiten das Alter von der Kreditkarte ab. Besonders häufig gibt es die Möglichkeit zur Selbstauskunft, um etwa per Button anzugeben "über 18 Jahre" alt zu sein, im Benutzer:innenkonto ein Geburtsdatum zu hinterlegen oder der Zustimmung zu Nutzungsbedingungen, die ein Mindestalter vorschreiben.

Im EU-Kontext werden aktuell zwei weitere Ansätze entwickelt: Bei der sog. Altersfeststellungs-App der EU und der Europäischen Brieftasche für die digitale Identität werden zum Zweck der Altersfeststellung nur die Information geteilt, über einer bestimmten Altersschwelle zu sein. Dafür ist nach aktuellen Plänen allerdings ein Smartphone notwendig. Ähnlich datensparsam ist ein Konzept der Datenschutz-NGO epicenter.works das vorsieht, dass Bezugspersonen das Alter in Kinder-/Jugend-Accounts festlegen.

ECKDATEN

Projekttitel:	Altersfeststellung im digitalen Raum
Projektteam:	Fischer, F., Pauls, A.
Laufzeit:	07/2025 – 12/2025
Kooperationspartner:	Arbeiterkammer Wien

WESENTLICHE ERGEBNISSE

Die untersuchten Ansätze lassen sich grob in drei Gruppen einteilen: Methoden der Selbstauskunft sind datensparsam aber leicht zu umgehen. Robuste datensparsame Methoden werden erst entwickelt.

Das Gros der Methoden ist aus Datenschutzsicht als problematisch anzusehen, da sie sensible Daten verarbeiten und hohes Missbrauchspotential aufweisen. Sie haben außerdem den Effekt, dass sie Nutzer:innen darauf „trainieren“, diese Informationen mit verschiedenen Plattformen zu teilen.



Bild: Joni Lin/ Unsplash

Selfies, oft in Abgleich mit Lichtbildausweisen, sind eine gängige Methode zur Altersfeststellung

Konsument:innen wird daher abverlangt, immer korrekt einschätzen zu können, ob diese Daten von vertrauenswürdigen Akteuren verarbeitet werden. Diese Einschätzung kann insbesondere Minderjährigen schwer fallen, wodurch neue Risiken für sie entstehen.

Die meisten datensparsamen Methoden hingegen setzen ein aktuelles Android- oder Apple-Smartphone voraus, was wiederum den Druck erhöht, ein neues, teures Smartphone zu besitzen und bei sich zu haben.

Ein grundsätzliches Problem von Altersbeschränkungen ist ein möglicher Verdrängungseffekt, da unklar ist, ob kleine Plattformen und z. B. Messenger-Dienste und Chatbots von einem Social-Media-Verbot erfasst wären: Um die Altersfeststellung zu umgehen, können Nutzer:innen auf andere, nicht regulierte und möglicherweise besonders risikobehaftete, Plattformen ausweichen. Ein Social-Media-Verbot für Kinder könnte auch die Herausforderung, sich mit den Risiken des Internets auseinanderzusetzen und damit umzugehen, aufschieben. Letztlich wäre ein Social-Media-Verbot auch ein Eingriff in andere Kinderrechte wie Zugang zu Information und gesellschaftlicher Teilhabe.

WAS TUN?

Altersbeschränkungen wie ein Social-Media-Verbot gehen, je nach Umsetzung, mit hohen Risiken einher. Gleichzeitig drohen sie, wenig effektiv zu sein. Dennoch ist dringender Handlungsbedarf gegeben.

- Unter den Altersfeststellungsmethoden sind datensparsame Methoden klar jenen vorzuziehen, die viele sensible Daten verarbeiten.
- Die aktuellen Debatten schieben Verantwortung auf Konsument:innen ab. Stattdessen müssten Plattformen stärker in die Pflicht genommen werden, um z. B. schädliche Designmuster zu unterbinden.
- Medien- und KI-Kompetenz ist, insbesondere bei Bezugspersonen, dringend auszubauen, da Altersfeststellung maximal ein Teil einer Lösung sein können
- Prozesse, um Minderjährige schrittweise an den digitalen Raum heranzuführen, müssen entwickelt werden, damit sie einen kompetenten Umgang mit den Risiken entwickeln können.
- Alle Kinderrechte müssen berücksichtigt und abgewogen werden, daher ist eine Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen in Debatten um Altersbeschränkungen angezeigt.

ZUM WEITERLESEN

Fischer, F., Pauls, A. (2025):
Altersfeststellung im digitalen Raum, Projektbericht ITA-2025-06, ITA: Wien
pub.oeaw.ac.at/ita/ita-projektberichte/ITA-2025-06.pdf

KONTAKT

Fabian Fischer
E-Mail: tamail@oeaw.ac.at
Telefon: +43 1 51581-6582

